

Widerstand im Keim ersticken soll. Leider setzen sich erst dann die meisten Bürger kritisch mit der Windenergie auseinander, ihren negativen Folgen, irrwitzigen Kosten und marginalem Nutzen unter dem das ganze Land, Bürger und Wirtschaft zunehmend leidet.

## Waldeck-Frankenberg

### Goldhausen:

Der Bauantrag für den Windpark bei Goldhausen (KB 38) ist gestellt. In der 8 Stunden dauernden Anhörung wurden beim RP in Kassel die zuvor eingesendeten Einwendungen zwar erörtert, doch konnte das über den Eindruck nicht hinwegtäuschen, dass es sich hier nur um einen formellen Akt handelte und die Entscheidung von den Bürgern nicht wirklich beeinflusst werden kann.

### Windpark Mühlenberg

Bereits im Teilregionalplan Energie Nordhessen mit Umweltbericht zur 2. Offenlegung wurde der Mühlenberg als naturschutzrechtlich bedenklich eingestuft. Und das ausdrücklich auch wegen der unmittelbaren Nähe zum Nationalpark Kellerwald. Tatsächlich wurden vom NABU

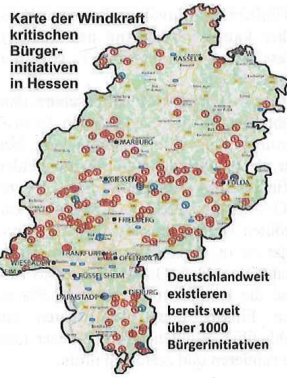
### Wer wir sind und wo wir stehen:

Wir sind Bürger der vernünftigen Mitte der Gesellschaft, ehemalige Wähler der Volksparteien und der Grünen und kommen aus allen Lebensbereichen und Berufen. Wir haben uns eingehend mit dem Sinn und Unsinn der Windkraft als Teil der Klimaschutzpolitik auseinandergesetzt und sind erschrocken, was wir dabei gefunden haben! Die Medien, als vierter Grundpfeiler unserer Demokratie, versagen leider kläglich bei der Aufklärung über die negativen Wirkungen, Effizienz und Sinnhaftigkeit aktueller "Klimaschutz-Politik" und riskieren so inzwischen unsere Zukunft und freiheitliche Grundordnung.

### Warum wir uns nicht von den Parteien vertreten fühlen und ihrer überdrüssig sind:

Grüne: Einzige Partei mit einer begeisterten Vision, die allerdings wie ein verzogenes Kind nur fordert und sich nicht darum schert, ob ihre Träume bezahlbar, realisierbar oder vernünftig sind und welchen Schaden sie auslösen. Politisch verantwortungsvoll geht anders!  
AfD: Eine Liste zu machen, was alles im Land Unzufriedenheit auslöst ist noch kein Parteiprogramm. Wo soll die Reise hingehen?  
Linke: Die Windkraft ist vor allem eine große Geld-Umverteilungsmaschine vom Bürger nach oben. Beide Augen zugeedrückt?  
SPD: Völlig kopflös wollen sie grüner als die Grünen sein und haben faktisch jede Identität verloren. Wer ist die SPD?  
CDU: Ohne eigene Vision einfach auf den grünen Zug aufgesprungen, betreiben sie nun eine Politik, von der sie selbst nicht überzeugt sind. Mit dem Bestreben, unbedingt an der Macht zu bleiben und Inhalte nicht öffentlich zu diskutieren, verspielen sie ihre Glaubwürdigkeit.  
FDP: Immer wieder Fähnlein im Wind. Einmal gewählt, dann Vertreter kleiner finanzstarker Interessensgruppen. Wo ist eine klare Linie?

Impressum: Der Windbeutel wird von Windveto-Waldeck-Frankenberg herausgegeben. Email: kontakt@windveto.org  
Chefredaktion (und V.i.S.d.P.): Dr. Stephan Kaula, Ziegelei 1, 35104 Lichtenfels, rsp. die jew. Autoren und Lokalredaktionen.



In 2018 und schon 2019 Rotmilan, Schwarzstorch und andere schützenswerte Arten wieder bestätigt und mit der Nationalpark-Erweiterung wird der Mühlenberg jetzt fast halbkreisförmig vom Park umschlossen. Allein das von EWF beauftragte windkraftfreundliche Gutachten hatte 2017 grünes Licht für die Errichtung des Windparks gegeben. Und das soll jetzt vom Landrat, dem RP und Betreiber offenbar unbeirrt durchgezogen werden.

# Der Windbeutel

Ausgabe 1, Juli 2019

## Was der Rest der Presse frei ist zu verschweigen ...

Für eine unabhängige, überparteiliche und freie Information der Bürger

### Einbruch beim Ausbau der Windenergie in Deutschland

Im Monat Mai gingen wie bereits im April 2019 bundesweit lediglich neun neue Windkraftanlagen in Betrieb. 2019 droht daher für die Windkraftlobby ein Desaster. Laut den



### Großdemonstration in Berlin am 23.5.19 gegen weiteren Ausbau der Windenergie

Aus ganz Deutschland reisten die Busse an, um gegen den weiteren Ausbau der Windenergie zu demonstrieren. Ca. 2000 Demonstranten zogen anlässlich des 70jährigen Bestehens des Grundgesetzes an diesem Wochentag vom Kanzleramt zum Kundgebungsort vor dem Brandenburger Tor. Der angebliche Nutzen der Windenergie stehe in keinem Verhältnis zu dem ver-



Daten des Marktstammdatenregisters der Bundesnetzagentur (BNetzA) sind in den ersten fünf Monaten von 2019 bundesweit lediglich rund 60 neue Windkraftanlagen an Land in Betrieb gegangen. Damit kommt nach dem Solar-ausbau nun auch der Windkraftausbau an Land nahezu zum Erliegen.

### Breiter „Akzeptanz-Einbruch“ für die Energiewende im Osten Deutschlands

In den östlichen Bundesländern zeigt sich zunehmender Widerstand gegen Windkraft und Co. Treibende Kraft ist die AfD, die hier auch die CDU von ihrer Windkraft-freundlichen Haltung abbringt. In Hessen ist die CDU dagegen auf der Seite der angeblichen Klimaretter. Glaubhaft geht anders. Über 1000 Bürgerinitiativen klären inzwischen bundesweit über die Negativwirkungen der Windenergie auf, Informationen, die von den Mainstream-Medien nicht verbreitet werden.



schwiegene Schaden an der Gesundheit der Anwohner, der Natur, der Wirtschaft und den völlig aus dem Ruder gelaufenen Kosten der Windenergie, so der Tenor der Reden der Fachleute und Kritiker. Über die Demonstration und die klaren Worte hüllten sich die großen Zeitungen und Medien nur in Schweigen.

### Anwohner werden von Windenergieanlagen krank

Wie zwei aktuelle medizinische Studien (eine finnische Studie und die DSGS-Studie, siehe [www.dsgs.info](http://www.dsgs.info)) nachweisen, sind bereits viele Anwohner durch den

Betrieb von Windenergieanlagen erkrankt. Vor allem die durch den Infraschall ausgelösten chronischen schweren Schlafstörungen werden für Folgeerkrankungen wie Bluthochdruck, Herzkrankheiten, Angstzustände und Depressionen verantwortlich gemacht. Das von der SPD geführte Umweltbundesamt hatte die schon seit Jahren bestehenden deutlichen wissenschaftlichen Hinweise darauf nicht ernst genommen und reagiert auch jetzt nicht, obwohl es eine besondere Verantwortung trägt. Denn nirgendwo sonst auf der Welt stehen mit Abstand so viele Windenergieanlagen auf gleicher (Land-)

### 150 Bürgermeister und Ortsvorstände Brandenburgs schreiben offenen Brief und haben genug von der Windenergie.

In einem offenen Brief wendeten sie sich an den Landtag, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, keine Windenergieanlagen mehr zwangsweise vor die Nase gesetzt zu bekommen. Tatsächlich werden seit 2016 immer mehr Windräder im Betrieb abgestellt und bringen immer weniger nutzbaren Strom und damit CO<sub>2</sub>-Einsparung. Der Nutzen beim Klimaschutz ist daher nahe Null, gleichwohl soll das inzwischen zu einem reinen Geschäftsmodell verkommenes Windkraftprojekt der Regierung weiter durchge-

**Der Rheingau, der Taunuskamm über Wiesbaden und Frankfurt bleiben von unbedingt notwendigen klimarettenden Windrädern auf wundersame Weise verschont.**

peitscht werden. Regionen in denen Politiker oder einflussreiche Leute wie im Rheingau wohnen, brauchen keinen Klimaschutzbeitrag zu leisten. Dort sieht man von der Errichtung der Monster-Industrieanlagen mitten in den Naturlandschaften ab. Die Begründungen dafür, wie Störung des Landschaftsbildes oder Naturschutzbelange, werden andernorts nicht akzeptiert, und ein Rotmilan scheint nicht überall genauso viel Wert zu sein.

**Windkraftausbau in Nordrheinwestfalen vor dem Aus ?**  
Die Regierung in NRW setzt mit neuen Abstandsregeln (>1,5 km) ein Zeichen und blockiert damit faktisch den weiteren Windkraftausbau in NRW. „Retten“ bald nur noch Hessens Grüne den Planeten?

### Windkraft: Sinnvoll und alternativlos? Eher kaum Nutzen und nur noch ein Geschäftsmodell, bei dem es vor allem um Geld geht...

Ginge es wirklich um Klimaschutz, dann gäbe es sinnvollere Maßnahmen. Es ist allerdings nicht besonders schwierig, besser als die Windenergie abzuschneiden. Wir sind inzwischen zwar dabei, unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken, nur geht das zum größten Teil auf die vermehrte Stromproduktion in Gaskraftwerken zurück und laut Günter Heß (Onlineartikel: Das EEG und die Klimarettung) nur zu 1,5% auf den Einsatz aller Erneuerbaren einschließlich Windenergie, die unser Land zu ruinieren und zerreißen droht.



### Nordhessen

Nicht nur innerhalb Deutschlands sind die Bürden der Windenergie ungleichmäßig verteilt. Thüringen braucht nur 1% Windvorranggebiete auszuweisen und wird wohl mit unter 0,5% davonkommen, Südhessen genügen 1,5%. Im Norden von Waldeck reichen dem RP und dem Landrat selbst 5% der Ausbaufäche nicht. Da das weder mit der Winderwartung noch der Dichte der Ortschaften ausreichend erklärt werden kann, liegt die Vermutung nahe, dass es hier schlicht um die politische Durchsetzbarkeit der Wind-

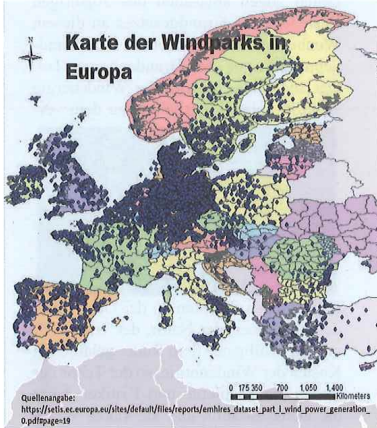
energie geht. Dort wo schon Windräder stehen und die Menschen sehr geduldig sind, werden immer mehr der Industrieanlagen in die Landschaft gestellt.

**Lokalpolitik und Landrat unter Druck.**  
Wem fühlen sich lokale Politiker und Ortsbeiräte verpflichtet? Ihrer Partei-Ideologie oder der Bevölkerung vor Ort? Immer mehr Landräte, Bürgermeister, Lokalpolitiker und natürlich Ortsbeiräte wenden sich gegen den Windenergieausbau, weil sie die Nachteile für die Bürger und Ihre Gemeinden fürchten.

**"Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht, Gehorsamkeit aber ein Verbrechen!"**  
(Papst Leo XIII)

**Wenn die Windkraft wie ein dunkler Schatten über das Dorf kommt.**

Aufklärung, was auf die Bürger mit der Windkraft an negativen Auswirkungen und Risiken zukommt, gibt es im Vorfeld keine. Verschwiegen werden die kalte Enteignung durch den Immobilienpreiseinbruch, gesundheitliche Schädigungen und Risiken. Naturschäden, Schattenwurferror, Lärm und Infraschall und Einbruch im Tourismus werden auf Nachfragen verleugnet oder heruntergespielt. Dagegen wird die Windkraft völlig unkritisch als sinnvoll und alternativlos dargestellt und der finanzielle Segen für die Gemeinden zur „Akzeptanzsteigerung“ über den grünen Klee gelobt. Der dunkle Schatten wird dann sichtbar, wenn die Spaltung im Ort in Geschädigte und durch horrenden Pachtzahlungen Profitierende spürbar wird und damit der Dorffrieden dauerhaft gestört ist. Man kann das nur als eine perfide Entsolidarisierungspolitik bezeichnen, die jeden aufkommenden



Fläche wie in Deutschland.

Und bekanntlich will man noch sehr viel mehr und leistungsstärkere Anlagen aufstellen. Doch man hat bis heute keine systematischen Untersuchungen über evtl. Erkrankungshäufungen bei Anwohnern oder selbst einfache Anwohner-Befragungen durchgeführt.